Niederschrift RAT/020/2012

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Rates der Stadt Rheine
am 02.10.2012

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:05 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder des Rates:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Frau Hannelore Koschin	SPD	Ratsmitglied

Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Elisabeth Lietmeyer	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Eckhard Roloff	SPD	(bis 19:55 Uhr - TOP 30)
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinrich Thüring	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Antonius van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke	Pressereferentin
Herr Dr. Thorben Winter	Fachbereichsleiter FB 1 (bis 18:50 Uhr - TOP 10)
Herr Raimund Gausmann	Fachbereichsleiter FB 2
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Karl-Heinz Ottenhus	Leiter Örtliche Rechnungsprüfung (ztw.)
Herr Ewald Piepel	Stellv. Leiter FB 2 (zu TOP 28)
Herr Guido Brüggemeier	Produktverantwortlicher Schulen (bis 18:50 Uhr - TOP 10)
Herr Theo Elfert	Schriftführer

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

Zu dem in der letzten Sitzung gestellten Antrag der SPD-Fraktion auf Einführung des SozialTickets merkt sie an, dass dieser Antrag zuständigkeitshalber an die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine weitergeleitet worden sei. Der Antrag werde zunächst im Tarifausschuss der Verkehrsgemeinschaft Münsterland beraten. Das Beratungsergebnis werde dann im Beirat „Verkehr“ vorgestellt, der eine Empfehlung zur Beschlussfassung für den Haupt- und Finanzausschuss bzw. dem Rat aussprechen werde.

4. Informationen

0:06:35

Frau Dr. Kordfelder informiert über den eingegangenen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.09.2012, nach dem die Geschäftsführung der Stadtwerke mit der Vorplanung für ein Bad mit Hallensportbecken, Sauna und Wellnessbereich unter Einbeziehung des Freibades am Stadtpark beauftragt werden solle.

Es sei beabsichtigt, den Antrag zunächst im Aufsichtsrat der RheinerBäderGesellschaft und im HFA vorzubereiten, bevor er dann dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werde.

5. Wahl eines Beigeordneten und Kämmerers bei der Stadt Rheine Vorlage: 357/12

0:07:30

Frau Dr. Kordfelder erklärt, sie sei bis heute davon ausgegangen, dass 2 Kandidaten, die sich auch im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt hätten, heute zur Wahl stünden. Einer dieser beiden Kandidaten habe aber heute seine Bewerbung zurückgezogen. Da in Pressemitteilungen die Namen der Kandidaten bereits genannt worden seien, könne im Beschlussvorschlag der Name des verbleibenden Kandidaten, Mathias Krümpel, eingetragen werden.

Herr Roscher stellt anschließend den Antrag auf geheime Wahl.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine wählt in geheimer Wahl gem. § 41 Abs. 1 Buchst. c) i. V. m. § 71 Abs. 1 GO mit Wirkung vom 16. Januar 2013 Herrn Mathias Krümpel für die Dauer von 8 Jahren zum Beigeordneten und Kämmerer der Stadt Rheine.

Die Eingruppierung erfolgt entsprechend § 2 Abs. 1 der Eingruppierungsverordnung NW nach Besoldungsgruppe B 2 BBesG.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen
 17 Nein-Stimmen

6. Vertretung der Stadt Rheine in der Delegiertenversammlung 2012 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
Vorlage: 222/12/1

0:26:50

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine entsendet Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder als Vertreterin der Stadt Rheine zur Delegiertenversammlung 2012 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 20. / 21. November 2012 in Bonn und bevollmächtigt sie, die 3 Stimmrechte zur Wahrung der Mitgliedschaftsrechte für die Stadt Rheine dort auszuüben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Satzung der Musikschule Stadt Rheine
Vorlage: 307/12

0:27:35

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Kulturausschusses die folgende Satzung der städtischen Musikschule:

**Satzung
für die Musikschule der Stadt Rheine
vom _____**

Aufgrund des § 7 Abs. 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV NW S. 685), hat der Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am 2. Oktober 2012 folgende Satzung für die Musikschule erlassen:

**§ 1
Name und Sitz**

Die Stadt Rheine ist Trägerin der kommunalen Angebotsschule mit dem Namen "Musikschule der Stadt Rheine".

Die Musikschule hat ihren Sitz in Rheine.

§ 2 Aufbau und Aufgabe

1. Die Ausbildung in der Musikschule erfolgt nach dem Strukturplan für Musikschulen des Verbandes Deutscher Musikschulen sowie nach den Beschlüssen des Rates der Stadt Rheine und seiner Ausschüsse.
2. Die Musikschule wendet sich mit dem Schwerpunkt ihrer Arbeit an in Rheine wohnende Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Ihre Aufgabe ist die musikalische Grundausbildung, die Heranbildung für das Laienmusizieren, die Begabtenförderung sowie die vorberufliche Fachausbildung (Studienvorbereitung).
3. Neben der vorrangigen Aufgabenstellung des Abs. 2 bezieht die Musikschule Erwachsene in das gesamte Angebot der Aus- und Weiterbildung ein. Erwachsene/r ist jede/r nach Vollendung des 18. Lebensjahres.
4. Weitere Einzelheiten werden in einer Schulordnung geregelt.

§ 3 Schuljahr

1. Das Schuljahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember des Kalenderjahres.
2. Die Ferien- und Feiertagsordnung der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen gilt auch für die Musikschule.

§ 4 Leitung

Die Musikschule wird von der Leiterin/dem Leiter der Volkshochschule und Musikschule geleitet. Für die von der Musikschulleitung übertragenen Aufgaben ist die musikpädagogische Fachleiterin/der musikpädagogische Fachleiter verantwortlich und wird zur ständigen Vertretung der Musikschulleitung bestellt. Für die einzelnen Fachbereiche werden nach Bedarf Fachbereichsleitungen bestellt.

§ 5 Lehrkräfte

An der Musikschule unterrichten vollbeschäftigte und teilbeschäftigte Lehrkräfte sowie Honorarkräfte.

§ 6 Unterrichtsstätten

Der Unterricht wird sowohl zentral als auch dezentral durchgeführt. Wünsche für eine bestimmte Unterrichtsstätte werden nach Möglichkeit erfüllt. Es besteht darauf jedoch kein Anspruch.

§ 7 Teilnahme und Musikschulgebühr

1. Für die Teilnahme am Unterricht der Musikschule ist die Schulordnung maßgeblich.
2. Die Höhe der Musikschulgebühr richtet sich nach der Gebührenordnung.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung aus dem Jahre 1979 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung Vorlage: 315/12/1

0:28:30

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die folgende Neufassung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der Stadt Rheine:

Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Rheine (Vergnügungssteuersatzung) vom _____

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV NRW S. 685), und der §§ 1 bis 3 und § 20 Abs. 2 Buchst. b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV NRW S 687) hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 02. Oktober 2012 folgende Satzung erlassen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Steuergegenstand

Der Besteuerung unterliegen die im Gebiet der Stadt Rheine veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen (Veranstaltungen):

1. Tanzveranstaltungen gewerblicher Art;
2. Striptease-Vorführungen und Darbietungen ähnlicher Art;
3. Vorführungen von pornographischen und ähnlichen Filmen oder Bildern – auch in Kabinen –;
4. Sex- und Erotikmessen
5. Ausspielungen von Geld oder Gegenständen in Spielklubs, Spielkasinos und ähnlichen Einrichtungen;
6. das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten in
 - a) Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen,
 - b) Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen für jeden zugänglichen Orten.

Als Spielapparate gelten insbesondere auch Personalcomputer, die überwiegend zum individuellen Spielen oder zum gemeinsamen Spielen in Netzwerken oder über das Internet verwendet werden.

§ 2 Steuerfreie Veranstaltungen

Steuerfrei sind

1. Familienfeiern, Betriebsfeiern und nicht gewerbsmäßige Veranstaltungen von Vereinen;
2. Veranstaltungen von Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen sowie von Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts oder ihrer Organe;
3. Veranstaltungen, deren Überschuss ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 52, 53 AO verwendet wird, wenn der Zweck bei der Anmeldung nach § 9 angegeben worden ist und der verwendete Betrag mindestens die Höhe der Steuer erreicht;

4. das Halten von Apparaten nach § 1 Nr. 6 im Rahmen von Volksbelustigungen, Jahrmärkten, Kirmessen und ähnlichen Veranstaltungen.

§ 3 Steuerschuldner

Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung (Veranstalter). In den Fällen des § 1 Nr. 6 ist der Halter der Apparate (Aufsteller) Veranstalter.

II. Bemessungsgrundlage und Steuersätze

§ 4 Besteuerung nach Eintrittsgeldern

- (1) Wird für eine Veranstaltung ein Eintrittsgeld erhoben, so ist der Veranstalter verpflichtet, Eintrittskarten oder sonstige Ausweise, die im Sinne dieser Satzung als Eintrittskarten gelten, auszugeben. Diese müssen die Höhe des Eintrittsgeldes beziffern. Bei der Anmeldung der Veranstaltung (§ 9) hat der Veranstalter die Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise, die zu der Veranstaltung ausgegeben werden sollen, der Stadt Rheine vorzulegen.
- (2) Der Veranstalter ist verpflichtet, auf die Eintrittspreise sowie gegebenenfalls auf Art und Wert der Zugaben nach Abs. 5 am Eingang zu den Veranstaltungsräumen und an der Kasse in geeigneter Weise an für die Besucher leicht sichtbarer Stelle hinzuweisen.
- (3) Über die ausgegebenen Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise hat der Veranstalter für jede Veranstaltung einen Nachweis zu führen. Dieser ist sechs Monate lang aufzubewahren und der Stadt Rheine auf Verlangen vorzulegen.
- (4) Die Abrechnung der Eintrittskarten ist der Stadt Rheine binnen 7 Werktagen nach der Veranstaltung, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Kalendermonats vorzulegen.
- (5) Die Steuer wird nach dem auf der Karte angegebenen Preis und der Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten berechnet. Sie ist nach dem Entgelt zu berechnen, wenn dieses höher ist als der auf der Eintrittskarte angegebene Preis. Entgelt ist die gesamte Vergütung, die vor, während oder nach der Veranstaltung für die Teilnahme erhoben wird. In einem Teilnahmeentgelt enthaltene Beträge für Speisen und Getränke oder sonstige Zugaben bleiben bei der Steuerberechnung außer Ansatz. Sofern der Wert der den Teilnehmern gewährten Zugaben nicht exakt ermittelt werden kann, legt die Stadt Rheine den Abzugsbetrag nach Satz 4 unter Würdigung aller Umstände pauschal fest.
- (6) Der Steuersatz beträgt 22,0 v. H. des Eintrittspreises oder Entgelts. Die Stadt Rheine kann den Veranstalter vom Nachweis der Anzahl der ausgegebenen Eintrittskarten und ihrer Preise befreien und den Steuerbetrag mit

ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfall besonders schwierig ist.

§ 5

Besteuerung nach dem Spielumsatz

- (1) Für Spielklubs, Spielkasinos und ähnliche Einrichtungen erfolgt die Besteuerung nach dem Spielumsatz. Spielumsatz ist der Gesamtbetrag der eingesetzten Spielbeträge abzüglich Ausschüttungsbetrag.
- (2) Der Spielumsatz ist der Stadt Rheine spätestens 7 Werktage nach der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Monats abzugeben.
- (3) Der Steuersatz beträgt 6 v. H. Die Stadt Rheine kann den Veranstalter von dem Einzelnachweis der Höhe des Spielumsatzes befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfall besonders schwierig ist.

§ 6

Nach der Größe des benutzten Raumes

- (1) Für die Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 – 2 ist die Steuer nach der Größe des benutzten Raumes zu erheben, wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird. Die Größe des Raumes berechnet sich nach dem Flächeninhalt der für die Veranstaltung und die Teilnehmer bestimmten Räume einschließlich des Schankraumes, aber ausschließlich der Küche, Toiletten und ähnlichen Nebenräumen. Entsprechendes gilt für Veranstaltungen im Freien.
- (2) Die Steuer beträgt je Veranstaltungstag und angefangene zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche in geschlossenen Räumen 1,00 Euro. Bei Veranstaltungen im Freien beträgt die Steuer 0,60 Euro je Veranstaltungstag und angefangene zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche. Endet eine Veranstaltung erst am Folgetag, wird ein Veranstaltungstag für die Berechnung zu Grunde gelegt. Die Stadt Rheine kann den Steuerbetrag mit dem Veranstalter vereinbaren, wenn die Ermittlung der Veranstaltungsfläche besonders schwierig ist.

§ 7

Nach dem Einspielergebnis bzw. der Anzahl der Apparate

- (1) Die Steuer für das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten bemisst sich bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit nach dem Einspielergebnis, bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit nach deren Anzahl. Einspielergebnis ist der Betrag der elektronisch gezahlten Brutto-Kasse. Dieser errechnet sich aus der elektronisch gezahlten Kasse zzgl. Röhrenentnahme (sog. Fehlbetrag), abzüglich Röhrenauffüllung, Falschgeld, Prüftestgeld und Fehlgeld.

- (2) Besitzt ein Apparat mehrere Spieleinrichtungen, so gilt jede dieser Einrichtungen als ein Apparat. Apparate mit mehr als einer Spieleinrichtung sind solche, an denen gleichzeitig zwei oder mehr Spielvorgänge ausgelöst werden können.
- (3) Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Apparates ein gleichartiger Apparat, so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben.
- (4) Der Halter hat die erstmalige Aufstellung eines Apparates vor dessen Aufstellung, jede Änderung hinsichtlich Art und Anzahl der Apparate an einem Aufstellort bis zum 7. Werktag des folgenden Kalendermonats schriftlich anzuzeigen. Bei verspäteter Anzeige bezüglich der Entfernung eines Apparates gilt als Tag der Beendigung des Haltens der Tag des Anzeigeneingangs. Ein Apparatetausch im Sinne des Abs. 3 braucht nicht angezeigt zu werden.
- (5) Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat bei der Aufstellung

1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 6 a) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	19 v. H. des Einspielergebnisses
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	35 Euro

2. in Gastwirtschaften und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 6 b) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	19 v. H. des Einspielergebnisses
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	25 Euro

3. in Spielhallen, Gastwirtschaften und an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 6 a und b) bei Apparaten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/oder Tiere dargestellt werden oder die die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornographische und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben

200 Euro

§ 8

Nach der Roheinnahme

- (1) Die Steuer ist, soweit sie nicht nach den Vorschriften der §§ 4 bis 7 festzusetzen ist, nach der Roheinnahme zu berechnen. Als Roheinnahme gelten sämtliche vom Veranstalter gemäß § 4 Abs. 5 von den Teilnehmern erhobenen Entgelte.
- (2) Die Roheinnahmen sind der Stadt Rheine spätestens 7 Werktage nach der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen

gen sind die Erklärungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Monats abzugeben.

- (3) Der Steuersatz beträgt 22 v. H. Die Stadt Rheine kann den Veranstalter von dem Einzelnachweis der Höhe der Roheinnahme befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

III. Gemeinsame Bestimmungen

§ 9

Anmeldung und Sicherheitsleistung

- (1) Die Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 – 5 sind spätestens zwei Wochen vor deren Beginn bei der Stadt Rheine schriftlich anzumelden. Bei unvorbereiteten und nicht vorherzusehenden Veranstaltungen ist die Anmeldung an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktag nachzuholen. Veränderungen, die sich auf die Höhe der Steuer auswirken, sind umgehend anzuzeigen.
- (2) Bei mehreren aufeinander folgenden oder regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1 – 3 eines Veranstalters am selben Veranstaltungsort ist eine einmalige Anmeldung ausreichend. Im Einzelfall können abweichende Regelungen getroffen werden.
- (3) Die Stadt Rheine ist berechtigt, eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Steuerschuld zu verlangen.

§ 10

Entstehung des Steueranspruches

Der Vergnügungssteueranspruch entsteht mit Abschluss der Veranstaltung, im Falle der Besteuerung nach § 7 mit der Aufstellung des Apparates an den in § 1 Nr. 6 genannten Orten.

§ 11

Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuer wird mit Steuerbescheid festgesetzt und ist innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.
- (2) Die Stadt Rheine ist berechtigt, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen die Steuer für einzelne Kalendervierteljahre im Voraus festzusetzen. In diesen Fällen ist die Steuer für das jeweilige Kalendervierteljahr zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu entrichten. Die Steuer kann auf Antrag zu je einem Zwölftel des Jahresbetrages am 15. jeden Kalendermonats entrichtet werden.
- (3) Bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit im Sinne des § 7 ist der Steuerschuldner verpflichtet, bis zum 15. Tag nach Ablauf eines Kalenderviertel-

jahres der Stadt eine Steuererklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vor-
druck einzureichen. Bei der Besteuerung nach den Einspielergebnissen sind
den Steuerklärungen Zählwerk-Ausdrucke für den jeweiligen Abrech-
nungszeitraum beizufügen, die als Angaben mindestens Geräteart, Geräte-
typ, Gerätenummer, die fortlaufende Nummer des Zählwerkausdruckes und
die für eine Besteuerung nach § 7 notwendigen Angaben enthalten müssen.

§ 12

Verspätungszuschlag und Steuerschätzung

- (1) Die Festsetzung eines Verspätungszuschlages bei Nichtabgabe oder nicht
fristgerechter Abgabe einer Steuererklärung erfolgt nach der Vorschrift des
§ 152 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Soweit die Stadt Rheine die Besteuerungsgrundlagen nicht ermitteln oder
berechnen kann, kann sie sie schätzen. Es gilt § 162 Abgabenordnung in der
jeweils geltenden Fassung.

§ 13

Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

Die Gemeinde ist berechtigt, jederzeit zur Nachprüfung der Steuererklärungen
und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungsräume zu betre-
ten, Geschäftsunterlagen einzusehen und die Vorlage aktueller Zählwerkausdru-
cke zu verlangen.

§ 14

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 20 Abs. 2 Buchstabe b) des Kommunalabgaben-
gesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 - in der aktu-
ell geltenden Fassung - handelt, wer als Veranstalter vorsätzlich oder leichtfertig
folgenden Vorschriften bzw. Verpflichtungen zuwiderhandelt:

1. § 4 Abs. 1: Ausgabe von Eintrittskarten
2. § 4 Abs. 2: Hinweis auf die Eintrittspreise
3. § 4 Abs. 1: Vorlage der Eintrittskarten bei der Anmeldung der Veran-
staltung
4. § 4 Abs. 3: Führung und Aufbewahrung des Nachweises über die ausge-
gebenen Eintrittskarten
5. § 4 Abs. 4: Abrechnung der Eintrittskarten
6. § 5 Abs. 2: Erklärung des Spielumsatzes
7. § 7 Abs. 4: Anzeige der erstmaligen Aufstellung eines Spielapparates so-
wie Änderung (Erhöhung) des Apparatebestandes

8. § 8 Abs. 2: Erklärung der Roheinnahmen
9. § 9 Abs. 1: Anmeldung der Veranstaltung und umgehende Anzeige von steuererhöhenden Änderungen
10. § 11 Abs. 3: Einreichung der Steuererklärung
11. § 11 Abs. 3: Einreichung der Zählwerkausdrucke

§ 15 In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt zum 01.01.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 18. Dezember 2002 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Richtlinien der Stadt Rheine für die Zulassung zu Kirmesveranstaltungen Vorlage: 309/12

0:29:15

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, dass die nachstehenden Richtlinien für die Zulassung zu Kirmesveranstaltungen mit sofortiger Wirkung anzuwenden sind.

Richtlinien der Stadt Rheine für die Zulassung zu Kirmesveranstaltungen

1. Grundsätze

Die Richtlinien finden Anwendung auf die Vergabe von Standplätzen für die Rheiner Herbstkirmes auf dem Emstor – Kirmesplatz, auf dem Elisabeth - Kirmesplatz und in der Rheiner Innenstadt mit Ausnahme von Plätzen für Ausschankbetriebe.

Sie sollen Entscheidungen über die Platzvergabe zur Herbstkirmes transparent und nachvollziehbar ausgestalten.

Rechtsgrundlage für die Rheiner Herbstkirmes sind die §§ 60 b, 69 Gewerbeordnung (GewO)

Das Recht zur Teilnahme ergibt sich aus § 70 GewO

Die Rheiner Herbstkirmes dauert jeweils 4 Tage, beginnend mit dem Freitag vor dem 3. Sonntag im Oktober eines jeden Jahres.

1.2 Veranstaltungszweck

Die Stadt Rheine veranstaltet die Rheiner Herbstkirmes, die eine herausragende Bedeutung für die Stadt Rheine hat.

Die Herbstkirmes ist eine der bekanntesten Kirmesveranstaltungen des Münsterlandes und spricht sowohl einen regionalen als auch einen überregionalen Besucherkreis an.

Die Stadt Rheine legt Wert darauf, die Herbstkirmes als familienfreundliches und traditionelles Volksfest zu erhalten, dass alle Besuchergruppen anspricht.

Die Darstellungen und Angebote sollen nach Art, Ausstattung, Qualität und Betriebsweise auf die Besucher des Festes eine besondere Anziehungskraft ausüben.

1.3 Benutzungsverhältnis

Die Rheiner Herbstkirmes wird als Volksfest im Sinne des § 69 (1) der Gewerbeordnung festgesetzt.

Auswärtige und ortsansässige Beschicker erhalten grundsätzlich Zugang zu diesem Fest.

Die Organisation und die Durchführung des Festes erfolgt durch den Fachbereich Recht und Ordnung der Stadtverwaltung Rheine.

Dieser regelt die näheren Einzelheiten der Beschickung und des allgemeinen Ablaufs mit den zugelassenen Bewerbern in einem schriftlichen Vertrag.

2. Konzept

Als Veranstaltungsfläche stehen insgesamt ca. 25.000 m² verteilt auf 3 Plätze zur Verfügung. (Elisabethplatz, Emstorplatz, Innenstadt)

Unter Berücksichtigung des besonderen Status der Herbstkirmes für Besucher und Bevölkerung als traditionsbildendes und traditionelles Volksfest liegt es im Gestaltungswillen der Stadt Rheine und im Besucherinteresse, auch vertraute und beliebte Darbietungen aus früheren Veranstaltungen wiederzufinden.

Damit soll auch die besondere soziale und kulturelle Funktion der Herbstkirmes deutlich gemacht werden.

2.1 Um eine ausgewogene Besetzung zu erreichen, sollen nach der Maßgabe dieser Richtlinien und dem Veranstaltungskonzept der Stadt Rheine sowohl Neuheiten als auch bekannte und bewährte Geschäfte in folgenden Kategorien auf der Herbstkirmes vertreten sein:

Kategorie 1 : Fahrgeschäfte

(Kinder, - Rund , - Hoch – und sonstige Fahrgeschäfte wie z. B. Auto-Scooter und Geisterbahnen)

Kategorie 2 : Belustigungs-, - Lauf-, - Spielgeschäfte und Verlosungen

(z.B. Irrgärten, Schießwagen, Dosenwerfen etc.)

Kategorie 3 : Imbiss – und Verkaufsgeschäfte

(z.B. Spielwarenverkauf, Süßwaren, Crepeswagen, Fischwagen und Imbissgeschäfte mit unterschiedlichsten Angeboten etc.)

Kategorie 4 : Ausschankbetriebe

Eine Veränderung ist unter Wahrung des Gesamtkonzeptes z. B. wegen platzspezifischer Gegebenheiten nach dem Gestaltungswillen der Stadt Rheine möglich.

3. Vergabe und Auswahl der Plätze

Die Vergabe der Plätze erfolgt nach dem Konzept gem. Nr. 2 dieser Richtlinien.

Es soll jährlich eine Neubesetzung von etwa 20 % der gesamten für das Volksfest zur Verfügung stehenden Fläche erreicht werden.

In der Kategorie 1 (Fahrgeschäfte) sollen dabei etwa 10 Neuzulassungen jährlich erfolgen, und somit ein möglichst ausgewogenes Verhältnis zwischen Vertrautem und Neuem erreicht werden.

In der Kategorie 4 werden jährlich 5 Plätze für Ausschankbetriebe durch den Wirtverein Rheine in Zusammenarbeit mit der DEHOGA in einem Losverfahren bestimmt.

Die Platzierung dieser 5 Ausschankbetriebe obliegt ebenfalls dem Fachbereich Recht und Ordnung.

3.1 Auswahlkriterien

Gehen unter den Bewerbern der gleichen Kategorie mehr Anträge ein, als Plätze vorhanden sind, ist eine objektive Auswahl nach

- Persönlicher Eignung des Bewerbers (Vertragserfüllung, Volksfesterfahrung, Fachkenntnis, Zuverlässigkeit, Service, Reisegewerbe) zu 50 %

sowie

- Attraktivität des Geschäftes (Erscheinungsbild, Gestaltung, Ausstattung, technischer Standard, Warenangebot, Anziehungskraft, Tradition, Neuheit, Platzbedarf, Preisgestaltung, Eigentumsverhältnissen, Verbraucher -, und Familienfreundlichkeit) ebenfalls zu 50 % vorzunehmen.

Zur Entscheidungsfindung bleibt die unangemeldete Inaugenscheinnahme des betreffenden Geschäftes während anderer Veranstaltungen dem Veranstalter vorbehalten.

Die Stadt Rheine behält sich weiterhin vor, Geschäfte, die aufgrund baulicher Gegebenheiten des vorgesehenen Standortes und im Hinblick auf einen reibungslosen Ablauf vor allem während der Auf – und Abbauphase dort sinnvoller zu platzieren sind, bei der Vergabe zu bevorzugen, auch wenn ein konkurrierendes Geschäft attraktiver bewertet wird.

Sollten zwei oder mehr Bewerber einer Sparte als gleichwertig beurteilt werden, liegt es im Ermessen des Veranstalters, in diesem Fall einem Bewerber den Vorzug zu geben, der sich bereits in der Vergangenheit als zuverlässiger Vertragspartner erwiesen hat.

4. Geschäftsneuheiten

Reicht der Platz nicht aus, alle Bewerber unterzubringen, können bevorzugt Geschäftsneuheiten berücksichtigt werden, von denen angenommen werden kann, dass sie eine besondere Anziehungskraft auf die Besucher der Herbstkirmes ausüben werden.

5. Zuständigkeit für die Vergabe der Standplätze

Über die Zulassung entscheidet die Bürgermeisterin der Stadt Rheine, vertreten durch den Fachbereich Recht und Ordnung.

6. Ablehnung von Bewerbern

Es liegt im Ermessen des Veranstalters, folgende Bewerber / Bewerbungen von der Vergabe auszuschließen:

- unvollständige Bewerbungen, insbesondere Bewerbungen, denen kein aussagekräftiges aktuelles Foto des Geschäftes beiliegt
- Bewerbungen für Geschäfte, bei denen die tatsächlichen Verhältnisse nicht mit den Angaben in der Bewerbung übereinstimmen, z.B. Falsche Angaben hinsichtlich der Ausstattung oder des technischen Zustandes, Veränderungen des Geschäftes nach Bewerbungsschluss oder Änderung der Eigentumsverhältnisse.
- Bewerbungen für Geschäfte, die nicht im Eigentum des Bewerbers stehen, bzw. für die das Eigentum nicht nachgewiesen werden kann (sog.

Leasinggeschäfte sind zu berücksichtigen, wenn der Bewerber und der Leasingnehmer identisch sind)

- Bewerber, die bei zurückliegenden Veranstaltungen gegen Vertragspflichten, Anordnungen des Veranstalters oder gesetzliche Bestimmungen verstoßen haben
- Bewerber, die sich in der Vergangenheit als unzuverlässig erwiesen haben
- Bewerber, deren Zuverlässigkeit i.S. § 70 a (1) GewO nicht gegeben ist
- Bewerbungen, die nach dem 15. Januar im Veranstaltungsjahr eingegangen sind
- Bewerbungen für Geschäfte, die nicht in das Veranstaltungskonzept passen

6.1. Ausschluss von Teilnehmern während der Veranstaltung

Sollten während der laufenden Veranstaltung technische, gestalterische oder qualitative Mängel, oder gravierende Mängel in der Betriebsführung auftreten, ist der Verantwortliche umgehend auf diesen Zustand hinzuweisen.

Verbunden ist mit diesem Hinweis die Aufforderung, den entsprechenden Mangel umgehend abzustellen.

Die sofortige Schließung des betreffenden Geschäftes bleibt der Stadt Rheine als Veranstalterin vorbehalten.

Die in den Vertragsbedingungen der Anlage II des öffentlich – rechtlichen Vertrages zur Rheiner Herbstkirmes ausgeführten Bestimmungen bleiben unberührt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Errichtung von Sekundarschulen - Antrag der CDU- und FDP-Fraktion vom 19.09.2012 Vorlage: 374/12

0:29:50

Herr Bonk trägt für die CDU-Fraktion die als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügte Stellungnahme vor und stellt abschließend für die CDU- und FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

1. Vorbehaltlich der notwendigen Anmeldezahlen im Anmeldeverfahren, werden an den Standorten der derzeitigen Fürstenberg-Realschule und der Don-Bosco-Hauptschule zum Schuljahr 2013/14 zwei teilintegrierte dreizügige Sekundarschulen im Ganztage errichtet. Parallel dazu werden die Schulen Fürstenberg-Realschule, Don-Bosco-Hauptschule und Overberg-Hauptschule zum Schuljahr 2013/14 auslaufend gestellt.
2. Kooperationsschule für beide Sekundarschulen wird die Euregio-Gesamtschule.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Errichtung einzuleiten.
4. Von der Verwaltung sind Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen zu erstellen und anschließend die Mittel im Haushaltsplanentwurf 2013 und Folgejahre zu veranschlagen.

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage, die keine Entscheidung in der Sache vorsehe. Vielmehr solle der Rat gebeten werden, der Verwaltung bis zur ohnehin schon terminierten Sondersitzung des Rates am 30. Oktober 2012 die Möglichkeit zu geben, anderer Alternativstandorte für die Sekundarschule zu prüfen, damit dem Rat dann eine sachlich fundierte, seriöse und kostenbewusste Entscheidungsgrundlage vorgelegt werden könne.

Zum Antrag der CDU- und FDP-Fraktion zur Tagesordnung der heutigen Ratssitzung gibt Frau Dr. Kordfelder die folgende Stellungnahme ab:

„Die CDU- und FDP-Fraktion haben mit E-Mail vom 19. September 2012 den Antrag auf Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung an die Bürgermeisterin gestellt. Grundsätzlich ist die Bürgermeisterin gem. § 48 Abs. 1 Satz 2 GO i. V. m. § 3 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine verpflichtet, einen solchen Vorschlag – wenn er fristgerecht, nämlich spätestens 3 Wochen vor dem Sitzungstag, von einer Fraktion oder einem Fünftel der Ratsmitglieder in schriftlicher Form vorgelegt wird – auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Antrag wäre fristgerecht gestellt worden, wenn er spätestens am 11. September 2012 bei der Bürgermeisterin vorgelegen hätte. Ein Rechtsanspruch der CDU- und FDP-Fraktionen, den Antrag auf Einrichtung von Sekundarschulen in Rheine auf die Tagesordnung zu bekommen, besteht somit wegen Fristversäumnis nicht.

Bisher hat sich die Bürgermeisterin bei der Aufstellung der Tagesordnung für eine Rats- oder HFA-Sitzung noch nie auf diese formelle Bestimmung zurückgezogen, sondern – wenn es möglich war – auch verspätet eingegangene Anträge zur Tagesordnung berücksichtigt.

In diesem Falle war aber die kurzfristige Erstellung einer Beschlussvorlage für die Ratssitzung am 2.10.2012 aus zeitlichen Gründen nicht möglich, weil eine abschließende Beurteilung der Angelegenheit in der Sache bis dahin nicht möglich war.

Da gem. § 70 Abs. 2 Buchst. b GO der Verwaltungsvorstand insbesondere bei der Planung von Verwaltungsaufgaben mit besonderer Bedeutung mitzuwirken hat, konnte die Auswertung der Elternbefragung erst in der nächsten Sitzung des Verwaltungsvorstandes am 01. Oktober d. J. erfolgen.

Auch müssen die finanziellen Auswirkungen für die beiden in Frage kommenden Standorte der Sekundarschulen im Vergleich zu anderen alternativen Standorten vor einer endgültigen Standortentscheidung ermittelt und abgewogen werden, denn die Stadt Rheine hat gem. § 75 Abs. 1 GO ihre Haushaltswirtschaft wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen.

Diese Vorschrift deckt sich mit § 14 Abs. 1 GemHVO, in dem es heißt:

„Bevor Investitionen oberhalb der vom Rat festgelegten Wertgrenzen beschlossen und im Haushaltsplan ausgewiesen werden, soll unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, mindestens durch einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach § 33 Abs. 2 und 3 GemHVO und der Folgekosten, die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden.“

Um all diesen Verpflichtungen nachkommen zu können, reichte bis zur heutigen Ratssitzung die verbleibende Zeit nicht aus, um eine fundierte rechtssichere Beschlussvorlage zu erstellen.

Da die Verwaltung gem. § 63 Abs. 2 GO verpflichtet ist, rechtlich einwandfreie Rats- und Ausschussbeschlüsse vorzubereiten, habe ich den Punkt entsprechend dem Antrag der CDU- und FDP-Fraktion vom 19.09.2012 nicht auf die Tagesordnung genommen. Ich glaube, dass die Kürze der Zeit uns allen nicht gut tut. Daher habe ich vorgeschlagen, die Entscheidung für die Ratssitzung am 30.10.2012 vorzubereiten.“

Zur Einbringung des Haushaltsplanes 2013 verweist Frau Dr. Kordfelder ergänzend auf den § 14 Abs. 2 Satz 1 der GemHVO:

„Ermächtigungen für Baumaßnahmen dürfen im Finanzplan erst veranschlagt werden, wenn Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Gesamtkosten der Maßnahme, getrennt nach Grunderwerb und Herstellungskosten, einschließlich der Einrichtungskosten sowie der Folgekosten ersichtlich sind und denen ein Bauzeitplan beigelegt ist.“

All das seien die Gründe dafür gewesen, dass die Verwaltung dem Rat vorgeschlagen habe, heute keinen Beschluss im Sinne des CDU- und FDP-Antrages zu fassen. Es wäre besser, sich die Zeit zu nehmen, um in Kenntnis der finanziellen Auswirkungen und möglicher Alternativen einen abgewogenen Standortbeschluss zu fassen.

Herr Mollen wirft der CDU-Fraktion vor, zur Sekundarschule eine starre Linie zu fahren, und zwar schon seit dem 29. März 2012, als das Gutachten zur Schulentwicklungsplanung von Herrn Dr. Garbe vorgestellt worden sei. Dieses Gutachten sei weder diskutiert noch bewertet worden. Vielmehr sei in der darauffolgenden Schulausschusssitzung durch die CDU ein Antrag auf Einrichtung von 2 Se-

kundarschulen in Rheine gestellt worden. Seitdem stehe die Entscheidung für die CDU-Fraktion unumstößlich fest.

Seitens der SPD-Fraktion habe es unter diesen Voraussetzungen verschiedene Versuche gegeben, inhaltlich die Schulentwicklungsplanung zu diskutieren und insgesamt eine entsprechende Bewertung im Kontext durchzuführen. In einer Pressemitteilung am 9. Mai 2012 habe die SPD-Fraktion einen Runden Tisch gefordert, um in gemeinsamen Gesprächen Kriterien auflisten und bewerten zu können. Nur so wäre man zu einer guten fundierten Grundlage gekommen, die zu einer Entscheidung im Sinne der Stadt Rheine, der Eltern und Schüler geführt hätte und bei der auch der Kostenaspekt keine unwesentliche Rolle gespielt hätte.

Dass die inhaltliche Diskussion zur Schulentwicklung nicht durchgeführt worden sei, hätten allein die CDU- und FDP-Fraktion zu verantworten, denn sie hätten, wie die SPD-Fraktion in den Schulausschusssitzungen immer wieder festgestellt habe, nur das Thema Sekundarschule nach vorne bringen wollen. Alternativen, die auch dem Elternwillen entsprochen hätten, seien nie diskutiert worden. Insofern weise er die Vorwürfe von Herrn Bonk, die SPD spiele mit dem Elternwillen, zurück, denn die SPD habe schon bei der Erstellung des Fragebogens Bedenken angemeldet. Diese Bedenken würden auch jetzt noch eine große Rolle spielen, denn der Fragebogen sei nicht valide. Es würden Dinge verglichen und Ergebnisse interpretiert, die man so nicht interpretieren könne. Die 250 Antworten mit „Ja“ und „eher Ja“ seien nach Meinung der SPD-Fraktion infrage zu stellen, weil erst gar nicht nach anderen Schulformen gefragt worden sei. Wenn der Musterfragebogen der Bezirksregierung verwandt worden wäre, wären auch andere Schulformen abgefragt worden, sodass man zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre. Die SPD-Fraktion sei sich sicher, dass man bei dem im Frühjahr durchzuführenden Anmeldeverfahren, bei dem die Eltern sich nicht nur für die Sekundarschule an der Don-Bosco-Schule und an der Fürstenberg-Realschule entscheiden könnten, sondern auch für andere Schulformen, zu einem anderen Ergebnis kommen werde.

Die Chance für ein Gespräch über die Schulentwicklung mit allen Kriterien sei vertan worden, weil die CDU-Fraktion dieses nicht zugelassen habe. Die Entscheidung für die beiden Sekundarschulen sei in den einzelnen Schulausschusssitzungen scheinbar vorangetrieben worden, sodass ein Gesamtkonzept für die Schulentwicklung in Rheine fehle. Dieses Verhalten sei nicht zukunftsorientiert; vielmehr sei der Elternwille mit dem entsprechenden Fragebogen nur scheinbar abgefragt worden, denn Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulformen hätte es nicht gegeben. Der Grund sei darin zu finden, dass CDU- und FDP-Fraktion Angst vor dem Elternwillen für eine Gesamtschule gehabt hätten.

Für die SPD-Fraktion sei es nicht vermittelbar, dass ohne weitere Betrachtung der Schulentwicklungsplanung und ohne Beachtung aller Parameter, die für eine Entscheidung wichtig gewesen wären, mehrere Millionen Euro für ein Schulgebäude ausgegeben werden sollten, obwohl eine gute Infrastruktur vorhanden sei.

Herr Mollen gibt zu bedenken, dass sowohl in die Elisabethschule als auch in die Overbergschule in den letzten Jahren viel Geld investiert worden sei. Für beide Schulen gebe es noch kein Folgenutzungskonzept. Auch insofern müsse ein Standort für die Sekundarschule hinterfragt werden. Auch müsse in diesem Zu-

sammenhang geprüft werden, ob die Mensen an diesen beiden Schulen eventuell aus der Schulpauschale finanziert worden seien, sodass sich ggf. bei einer nicht schulischen Folgenutzung Rückzahlungsverpflichtungen ergeben könnten.

Herr Mollen gibt weiter zu bedenken, dass aufgrund des Schuländerungsgesetzes die Möglichkeit bestünde, Teilstandorte für Gesamtschulen einzurichten, sodass den Kommunen hierdurch ein größerer Handlungsspielraum gegeben sei. Wenn also in Rheine im Frühjahr die Elternbefragung durchgeführt werde, ohne die Gesamtschule schon jetzt auf 5 Züge zu reduzieren, könne man bei Bedarf für die Gesamtschule einen Teilstandort an der Elisabethschule einrichten. Diese Möglichkeit würde eine größere Planungssicherheit auf Dauer geben, denn man könne ja noch nicht vorhersehen, wie sich die Sekundarschulen auf Dauer entwickeln würden. Im Übrigen könne die Reduzierung der Zügigkeit an der Gesamtschule auch noch zu einem späteren Zeitpunkt, nämlich wenn der Elternwille bekannt sei, beschlossen werden.

Aus diesen Gründen stellt Herr Mollen für die SPD-Fraktion folgenden Prüfantrag an die Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Entscheidung zur Errichtung von Sekundarschulen nachfolgende Optionen zu prüfen:

- 1. Errichtung einer Sekundarschule im Südraum der Stadt Rheine am Standort der bisherigen Don-Bosco-Hauptschule*
- 2. Erweiterung der Zügigkeit der Gesamtschule auf insgesamt 8 Züge. Einrichtung eines Teilstandortes (horizontale Gliederung) am Standort der bisherigen Elisabeth-Hauptschule unter Einbezug der Grüterschule im Dorenkamp.*

Herr Reiske führt aus, falls der gemeinsame Antrag der CDU- und FDP-Fraktion heute beschlossen werde, hätten beide Fraktionen jegliches Recht verwirkt, in Rheine nochmals über Sparsamkeit und Haushaltsgerechtigkeit für künftige Generationen zu sprechen. Mit diesem Beschlussvorschlag würden beide Fraktionen 4 Mio. € für einen Schulstandort ausgeben, die nicht erforderlich seien. Beide Fraktionen würden den seit Jahren dokumentierten Wunsch vieler Eltern nach einem Ausbau der Gesamtschule nicht nachkommen. Stattdessen würden sie die Gesamtschule auf fünfzünftig zurückführen wollen, was unverantwortlich sei und in keinster Weise dem Elternwillen entspreche. CDU- und FDP-Fraktion würden in Steine investieren statt in Köpfe. Durch den Beschlussvorschlag werde die Overbergschule künftig leer stehen; ein Schulgebäude, in das vor Kurzem noch erheblich investiert worden sei. Auch das Gebäude der Elisabethschule werde leer stehen, obwohl es Bestandteil eines riesigen Schulzentrums sei, das z. B. auch für eine zweite Gesamtschule genutzt werden könnte. Das Handeln von CDU- und FDP-Fraktion sei unverantwortlich für die Stadt Rheine und für die zukünftige Schulentwicklung in dieser Stadt, sodass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag der beiden Fraktionen nicht zustimmen werde.

Herr Brunsch unterstützt die von Herrn Bonk vorgetragene Begründung des CDU- und FDP-Antrages und bittet die anderen Fraktionen um Zustimmung. Zu den Ausführungen von Herrn Mollen merkt er an, dass es im Arbeitskreis „Schulstruktur“ durchaus Möglichkeiten zur Diskussion über die Schulentwicklungsplanung gegeben habe. Natürlich seien für die Umsetzung von 2 Sekundarschulen in

Rheine Investitionen erforderlich. Derartige Investitionen für die Bildung hätten aber nach den Wahlprogrammen aller Parteien in Rheine erste Priorität und seien daher verantwortbar. Im Übrigen behalte der Norden von Rheine mit dem Standort der Fürstenberg-Realschule eine weiterführende Schule, was für die FDP-Fraktion auch wichtig gewesen sei.

Ferner stellt Herr Brunsch klar, dass das rechtserhebliche Verfahren der Feststellung des Bedürfnisses für die Sekundarschulen eingeleitet worden sei. Aufgrund des Ergebnisses bestehe für den Schulträger nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Einrichtungsbeschluss unter dem Vorbehalt, dass im Anmeldeverfahren die erforderlichen Schülerzahlen erreicht würden, zu fassen. Von daher bittet er alle Fraktionen nochmals, über eine Zustimmung zum Antrag der CDU- und FDP-Fraktion zur Errichtung von 2 Sekundarschulen in Rheine nachzudenken.

Herr Ortel stellt fest, dass es um die Standortfrage und um die Errichtung einer neuen Schulform gehe, die bisher in Rheine noch nicht vorhanden sei. In der letzten Sitzung des Schulausschusses habe seine Fraktion AfR deutlich gemacht, dass die Standortfrage hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen noch nicht hinreichend geklärt worden sei, sodass hierzu noch Zahlen zu liefern seien. Dennoch hätten SPD, CDU, FDP und AfR in dieser Sitzung des Schulausschusses das Verfahren für die Errichtung von 2 Sekundarschulen in Rheine auf den Weg gebracht. Dissens habe es nur über die Ausformulierung des Fragebogens gegeben, der dann mehrheitlich beschlossen worden sei.

Bezüglich der Frage nach dem Elternwillen sei es schon befremdlich, wenn das Befragungsergebnis angezweifelt werde. Dieses zeige ganz deutlich, welche Instrumentalisierung im Hintergrund erfolge. Das unsägliche Pamphlet der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei an Stillosigkeit nicht mehr zu überbieten. Deshalb habe wahrscheinlich auch der seriöse Teil der Rheiner Presse das Abdrucken dieses Pamphlets abgelehnt. Der Elternwille, der die Voraussetzungen der Bezirksregierung voll erfülle, sei Teil des Verfahrens. Diesem Verfahren habe der Rat im Sinne der Einrichtung einer neuen Schulform zu entsprechen.

Die Vermengung der Standortfrage mit der Schulformfrage zeige, dass aus ideologischen Gründen der Gesamtschule ohne Kenntnis der Sache das Wort geredet werden solle. Wenn Herr Reiske den Dorenkamp für den Standort einer zweiten Gesamtschule nenne und die Schließung der Overbergschule anprangere, dann stelle sich für ihn, Ortel, die Frage, welche Schüler bei der Einrichtung einer zweiten Gesamtschule dann noch die Overbergschule besuchen sollten.

Auch der SPD-Antrag, der gut gemeint und nachvollziehbar sei, sei ebenfalls nicht schlüssig. Wenn nach dem Schuländerungsgesetz ein Teilstandort für die Gesamtschule ermöglicht und an der Elisabethschule mit 3 oder 4 Zügen zusätzlich eingerichtet werden solle, dann seien die Folgen für andere Schulstandorte nicht anders als bei der Einrichtung einer zweiten Sekundarschule. Deshalb würden weitere Prüfaufträge an die Verwaltung nichts bringen. Vielmehr laufe man durch solche Anträge Gefahr, dass es eine neue Schulform für Rheine und damit eine Fortentwicklung der Schullandschaft in Rheine für das Schuljahr 2013/14 nicht geben werde.

Herr Mollen gibt nochmals zu bedenken, dass die Überlegung für einen Teilstandort einer Gesamtschule erst im September d. J. bekannt geworden sei. Insofern

hätte dieser Aspekt bei den bisher geführten Diskussionen zum Schulentwicklungsplan bis dahin nicht berücksichtigt werden können. Insofern sei schon eine erhebliche Veränderung der Sachlage vorhanden.

Die Stadt Rheine werde in Handlungsnot kommen, wenn sich im nächsten Frühjahr beim Anmeldeverfahren herausstellen sollte, dass sich viele Eltern für den Besuch der Gesamtschule ihrer Kinder entscheiden würden. Wenn man heute die Zügigkeit der Gesamtschule reduziere, müssten viele Anmeldungen für die Gesamtschule abgelehnt werden, sodass man dem Elternwillen nicht gerecht werde. Aus diesem Grunde wäre es sinnvoll, heute zunächst die Einrichtung einer Sekundarschule zu beschließen und bei entsprechenden Anmeldezahlen im Frühjahr die zweite folgen zu lassen.

Weiter macht Herr Mollen deutlich, dass er im Gegensatz zu Herrn Ortel sehr wohl die Auffassung vertrete, dass der Rat sich mit Validität beschäftigen müsse. Das Befragungsergebnis sei die Grundlage für weitere Untersuchungen. Im Gegensatz zum städtischen Fragebogen hätte der des Regierungspräsidenten nach allen Schultypen und nicht nur nach 2 Standorten der Sekundarschule gefragt. Dass nicht alle Schultypen abgefragt worden seien, habe nicht die SPD-Fraktion zu verantworten.

Die wirkliche Intention, das Thema Schulentwicklung nochmals aufzugreifen, sei aber der Kostenfaktor. Rheine verfüge über die erforderliche Infrastruktur, so dass man nicht zusätzlich Geld in die Hand nehmen müsse, um ein marodes Schulgebäude zu sanieren.

Herr Niehues bezieht sich auf die Aussage von Herrn Reiske, dass die Elisabethschule bei der Einrichtung von 2 Sekundarschulen leer stehen würde. Diese Aussage sei nicht korrekt. Wie jeder wisse, sei die Elisabethschule Teilstandort der Gesamtschule, und das noch über einen längeren Zeitraum. Ferner gebe es Überlegungen, an diesem Schulstandort die Abendrealschule und das Abendgymnasium unterzubringen, weil der derzeitige Standort den Ansprüchen nicht mehr gerecht werde.

Natürlich werde sich der Rat der Stadt Rheine in den nächsten 10 Jahren über leer stehende Schulgebäude unterhalten müssen. Dieses sei aber bei rückläufigen Schülerzahlen nichts Außergewöhnliches. Auch bei den Überlegungen der SPD-Fraktion werde es Schulgebäude geben, die für eine schulische Nutzung nicht mehr gebraucht würden.

Im Übrigen vermisse er in den Ausführungen der SPD-Fraktion eine gewisse Klarheit. Im Schulausschuss habe die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, das Verfahren für 2 Sekundarschulen einzuleiten. Gleichzeitig habe der SPD-Vorsitzende eine Sekundarschule mit einer achtzügigen Gesamtschule gefordert. Er frage sich, ob die SPD-Fraktion sich mal Gedanken darüber gemacht habe, welche Bedeutung dieses für Kinder, die nicht so begabt seien und somit in ein bestimmtes Schulsystem gezwungen würden, haben könnte.

Wenn die SPD dabei vom Schulzentrum Dorenkamp für eine 2. Gesamtschule spreche, stelle sich ferner die Frage, ob sie das Emsland-Gymnasium zerstören wolle.

Ferner erinnert Herr Niehues an die Forderung von Herrn Roscher aus der Sitzung des Stadtteilbeirates Mesum, in der Herr Roscher sich für die Einleitung des Verfahrens für 2 Sekundarschulen in Rheine ausgesprochen habe. Hierbei habe

er erklärt, dass es für eine zweite Gesamtschule in Rheine keinen Spielraum gebe. Diese Aussage sei korrekt, denn auch die Leiterin der Gesamtschule in Rheine, Frau Reckmann-Bigge, habe erklärt, dass es in der heutigen Situation pädagogisch sinnvoll wäre, 2 Sekundarschulen für Rheine einzuführen und die Gesamtschule auf 5 Züge zurückzuführen.

Herr Niehues macht nochmals deutlich, dass es bei der hier anstehenden Diskussion nur um die Befragung der Eltern für eine neue Schulform und nicht um ein Anmeldeverfahren gegangen sei. Da den Eltern die anderen Schulsysteme in Rheine bekannt seien, hätte auch kein Bedarf bestanden, diese vorzustellen und abzufragen. Die Befragung zur Sekundarschule entspreche der Diskussion auf Landesebene, um hierzu den Elternwillen kennenzulernen. Insofern verstehe er nicht die emotionsgeladene Diskussion. Wenn man die pädagogischen Konzepte der Sekundarschule mit denen der Gesamtschule vergleiche, dann falle es selbst Experten schwer, die Unterschiede zu erkennen. Diese Unterschiede lägen einzig und allein in den Vorschriften für die Gesamtschule, weil diese mindestens vierzünftig sei und eine Oberschule haben müsse.

SPD und Grüne täten sich, den Eltern und Kindern einen großen Gefallen, wenn sie sich auf den kooperativen Weg, den CDU und FDP beiden Fraktionen schon seit Wochen und Monaten nahezubringen versuchen, einlassen könnten.

Abschließend stellt Herr Niehues Frau Dr. Kordfelder die Frage, ob die zu diesem Tagesordnungspunkt erstellte Vorlage 374/12 mit dem Beigeordneten und der Schulverwaltung abgestimmt worden sei.

Herr Roscher bestätigt die Richtigkeit seiner von Herrn Niehues zitierten Aussage aus der Sitzung des Stadtteilbeirates Mesum zur Einrichtung von 2 Sekundarschulen. Keinen Konsens gebe es aber zum Fragebogen und über die Auswertung der Befragung, denn CDU- und FDP-Fraktion hätten den Fragebogen mehrheitlich durchgesetzt. Auch das Befragungsergebnis sei aus seiner Sicht nicht weitgehend genug. Insofern sei für ihn die Frage nach dem Konsens beantwortet.

Ferner habe die SPD-Fraktion andere Vorstellungen für den Fall, dass es aufgrund der Elternbefragung zu 2 Sekundarschulen kommen sollte. Seine Fraktion sei von dem geplanten Standort der Fürstenberg-Realschule nicht überzeugt. Es hätte einen Konsens geben können, wenn dem Vorschlag der Fraktion AfR in der Schulausschusssitzung gefolgt worden wäre, in dem mehrere Standorte hätten abgefragt werden sollen. Dieser Vorschlag sei aber bei CDU- und FDP-Fraktion nicht konsensfähig gewesen.

Das vorliegende Befragungsergebnis sei aus Sicht der SPD-Fraktion nicht belastbar, denn das Anmeldeverfahren im Frühjahr werde höchstwahrscheinlich ein anderes Ergebnis bringen, das die Einrichtung von 2 Sekundarschulen nicht rechtfertigen werde, wohl aber die Weiterführung der Mehrzügigkeit der Gesamtschule.

Herr Stefan Gude berichtet, dass die CDU-Fraktion in der Schulausschusssitzung nicht auf einen Konsens ausgewiesen sei, denn der Ansatz der CDU-Fraktion sei gewesen, den Eltern bei der Fragebogenaktion 2 klare Standorte zu benennen. Er übt anschließend Kritik am Verhalten der SPD-Fraktion und der Grünen, indem sie im laufenden Verfahren versucht hätten, durch Medien Einfluss auf die Elternbefragung zu nehmen. Dass dennoch das Abfrageergebnis für die Sekundarschu-

le so groß gewesen sei, hätte niemand erwarten können. Im Schulausschuss sei gesagt worden, dass man das Ergebnis der Elternbefragung abwarten und dann entsprechend handeln wolle. Nach Auffassung der CDU-Fraktion gebe es keine andere Möglichkeit, als das Verfahren für die Einrichtung von 2 Sekundarschulen einzuleiten. Insofern mache es keinen Sinn, das Ergebnis weiterhin zu zerreden. Die Bewertung der Befragung sei durch die Bezirksregierung erfolgt und die Auswertung der Fragebögen durch die Schulverwaltung, die nicht zu beanstanden sei.

Bezüglich der von Herrn Reiske angesprochenen Kosten merkt Herr Gude an, dass Geld für Bildung zukunftsorientiert angelegt sei. Dieses treffe dann zu, wenn die Stadt Rheine im Süden und Norden eine Sekundarschule errichte und die Gesamtschule und 3 Gymnasien in Rheine erhalte. Den Standort der Fürstenberg-Realschule für eine Sekundarschule halte die CDU-Fraktion für richtig, weil auch dieser Stadtteil nicht ohne Schule dastehen solle.

Herr Mollen stellt klar, dass die SPD-Fraktion weder aufgrund der Informationsveranstaltung in der Stadthalle noch während des Fragebogenverfahrens eine Pressemitteilung geschaltet habe.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf die von Herrn Niehues gestellte Frage und verweist noch einmal auf ihre einleitenden Ausführungen über das Vorgehen der Verwaltung in dieser Angelegenheit. Es sei aus Sicht der Verwaltung nicht zu verantworten gewesen, einen Beschlussvorschlag für den Rat in der Kürze der Zeit unter Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu unterbreiten. Rat und Verwaltung täten sich keinen Gefallen, einen Beschluss zu fassen, der rechtswidrig sein könnte und anschließend von ihr zu beanstanden sei. Vor diesem Hintergrund bitte sie um Verständnis für das Verwaltungshandeln.

Berechtigterweise fühle sich Herr Linke an die Beschlusslage im Schulausschuss gebunden, was aus ihrer Sicht auch nachvollziehbar sei. Das Befragungsergebnis hätte auch im Verwaltungsvorstand beraten werden müssen. Dieses sei aber in der Kürze der Zeit zwischen Eingang des Antrages der CDU-Fraktion und der Ratssitzung nicht möglich gewesen, sodass sie gemeinsam mit dem Kämmerer in Verantwortung der finanziellen Situation der Stadt Rheine die Vorlage 374/12 auf den Weg gebracht habe.

Sie habe in der vergangenen Woche eine Dienstreise abgesagt, um zu einer Kompromisslösung in dieser Angelegenheit zu kommen. Wenn es auf Landesebene möglich sei, bildungspolitisch einen Konsens zu finden, dann dürfe dieses in Rheine doch auch kein Problem sein. Ihres Erachtens gebe es kein Problem bezogen auf den Standort im Südraum von Rheine. Es gehe also nur um den zweiten Standort im Norden der Stadt, für den noch keine seriöse Kostenermittlung vorliege. Auch die sich aus diesem Standort ergebenden Folgewirkungen seien im Moment noch nicht absehbar. Insofern habe sie im Vorfeld Herrn Bonk gebeten, über einen für beide Standorte getrennten Beschlussvorschlag nachzudenken oder in einer Sondersitzung zunächst über die Kosten für den einen Standort zu diskutieren. Offensichtlich sei es ihr nicht gelungen, einen solchen Kompromiss zu finden, sodass der Rat zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion als weitergehenden Änderungsantrag beschließen müsse.

Herr Linke gibt nochmals zu bedenken, dass das Interessenbekundungsverfahren für die neue Schulform der Sekundarschule von der Bezirksregierung als rechtmäßig bezeichnet worden sei. Das Ergebnis dieser Befragung sei eindeutig. Insofern entstehe aus diesem Verfahren für die Stadt Rheine auch eine gewisse Rechtswirkung in der weiteren Vorgehensweise.

Bezüglich der Teilstandorte für eine Gesamtschule merkt Herr Linke an, dass er im Vorfeld mit der Bezirksregierung auch darüber gesprochen habe, ob die Fürstenbergschule und die Overbergschule als Dependance für die Gesamtschule infrage kämen. Eine wesentliche Hürde hierfür sei die Entfernung, denn eine Dependance sei dauerhaft nur im Bereich von 500 m Entfernung zulässig.

Herr Bonk berichtet, dass er seine Fraktion über die Konsensgespräche mit der Bürgermeisterin informiert habe. Seine Fraktion habe aber eindeutig die Meinung vertreten, dass das Verfahren von der Schulverwaltung sauber abgearbeitet und das Ergebnis der Elternbefragung eindeutig gewesen sei. Bezüglich der Finanzierung der Schulstandorte habe seine Fraktion mühselig die Vorlagen über die Erweiterung der Fürstenberg-Realschule eingesehen. Diese Zahlen stünden auch heute noch im Raum, sodass die CDU-Fraktion davon ausgehe, dass beide Standorte erforderlich seien.

Herr Stefan Gude bezieht sich auf die Aussage von Herrn Mollen, wonach die SPD-Fraktion keine Pressemitteilung während der Elternbefragung geschaltet habe, und erklärt, dass die Elternbefragung bis zum 19. September befristet gewesen sei. Am 14. September habe die SPD-Fraktion im Internet eine Presseverlautbarung veröffentlicht, in der sie den von CDU- und FDP-Fraktion im Schulausschuss gestellten Antrag zur Sekundarschule kritisiert hätten. Insofern sei die Aussage von Herrn Mollen nicht korrekt.

Herr Ortel bittet CDU- und FDP-Fraktion, ihren Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 zu splitten und hierüber getrennt abstimmen zu lassen. Unter Ziffer 1 a sollten dann die Standorte für die Fürstenberg-Realschule und die Don-Bosco-Schule gestrichen werden.

Ferner bittet Herr Ortel Frau Dr. Kordfelder, die Ermittlung der finanziellen Auswirkungen dieses Beschlusses bis zur Sonderratssitzung am 30. Oktober vorzulegen.

Frau Dr. Kordfelder antwortet, dass im Falle der Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU- und FDP-Fraktion eine erneute Beratung dieser Angelegenheit in der geplanten Sondersitzung des Rates nicht mehr erforderlich sei. Inwieweit bis dahin konkrete Berechnungen seitens der Verwaltung erstellt werden könnten, könne sie zurzeit noch nicht absehen.

Herr Mollen bezieht sich auf den Teil des Beschlussvorschlages der CDU- und FDP-Fraktion, wonach die Fürstenberg-Realschule, die Don-Bosco-Hauptschule und die Overbergschule zum Schuljahr 2013/14 auslaufend gestellt werden sollen. Um hier keinen Formfehler zu begehen, verweist er auf § 76 Abs. 1 Schulverwaltungsgesetz, wonach im Falle einer Schulschließung rechtzeitig die Beteiligung der betroffenen Schule erforderlich sei. Beteiligt werde eine Schule durch ihre Anhörung. Über den Inhalt der Stellungnahme gegenüber dem Schulträger beschließe gemäß § 65 Abs. 2 Ziffer 22 Schulgesetz die Schulkonferenz. Wenn

diese Anhörung nicht erfolgt sei, würde der Beschluss im Sinne des CDU- und FDP-Antrages anfechtbar.

Herr Linke antwortet, dass umfangreiche Vorarbeiten für die Einrichtung von Sekundarschulen erforderlich seien. So seien z. B. die schulentwicklungsplanerischen Daten aus dem Schulentwicklungsplan entnommen worden. Die Angaben zur räumlichen Unterbringung der Sekundarschulen und die Festlegung der Standorte seien dem Schulausschuss vorgelegt worden. Die Fragebögen seien erstellt worden, und auch das Auswertungsergebnis der Elternbefragung liege vor. Die Protokolle der beteiligten Schulkonferenzen aller 3 aufzulösen Schulen, die in der letzten Woche getagt hätten, würden ebenfalls vorliegen. Dieses gelte auch für das Ergebnis aus der Beteiligung der umliegenden Gemeinden sowie für die Voten der benachbarten Schulträger. Nur die Gemeinde Neuenkirchen habe sich kritisch dazu geäußert, was aber nach Rücksprache mit der Bezirksregierung als unproblematisch anzusehen sei.

Ferner gebe es auch für jede Sekundarschule die Grundzüge eines pädagogischen Konzeptes, die vom Arbeitskreis Sekundarschule erarbeitet worden seien. Gleiches gelte auch für die Angabe der Kooperationsschule und der Kooperationsvereinbarung.

In diesem Zusammenhang bedankt Herr Linke sich ganz besonders bei den Mitgliedern des Arbeitskreises, die hervorragende Arbeit geleistet hätten.

Herr Wilp merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Zeit dränge, um die Sekundarschulen noch zum Schuljahr 2013/14 einrichten zu wollen. Er verweist auf Ziffer 3 des Beschlussvorschlages, wonach die Verwaltung beauftragt werde, alle notwendigen Schritte zur Einrichtung der Sekundarschulen einzuleiten. Dieses sei noch mit erheblichem zeitlichen Aufwand verbunden.

Frau Dr. Kordfelder stellt auf Befragen fest, dass CDU- und FDP-Fraktion mit dem Antrag von Herrn Ortel, Ziffer 1 des Beschlussvorschlages zu splitten und hierüber getrennt abzustimmen, einverstanden sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

1. a) Vorbehaltlich der notwendigen Anmeldezahlen im Anmeldeverfahren werden zum Schuljahr 2013/14 zwei teilintegrierte dreizügige Sekundarschulen im Ganztage errichtet.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen
 16 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

1. b) Diese Schulen werden an den Standorten der derzeitigen Fürstenberg-Realschule und der Don-Bosco-Hauptschule errichtet. Parallel dazu werden die Schulen Fürstenberg-Realschule, Don-Bosco-Hauptschule und Overberg-Hauptschule zum Schuljahr 2013/14 auslaufend gestellt.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen
 17 Nein-Stimmen
 2 Stimmenthaltungen

2. Kooperationsschule für beide Sekundarschulen wird die Euregio-Gesamtschule.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Errichtung einzuleiten.
4. Von der Verwaltung sind Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen zu erstellen und anschließend die Mittel im Haushaltsplanentwurf 2013 und Folgejahre zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen
 16 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

11. Einwohnerfragestunde

1:44:40

Es erfolgen keine Wortmeldungen

12. Wirtschaftsinitiative "Zukunft Rheine 2020" - Antrag der CDU-Fraktion vom 19.08.2012 Vorlage: 359/12

1:45:30

Herr Bonk verweist auf den der Vorlage beigefügten Antrag der CDU-Fraktion und erklärt, dass seine Fraktion davon ausgegangen sei, dass dieser Antrag heute beraten und beschlossen werde. Die CDU-Fraktion sei aber auch mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden, obwohl der letzte Workshop aus Sicht seiner Fraktion unbefriedigend gewesen sei. Er hoffe, dass beim zweiten Workshop etwas mehr herauskommen werde, zumal man die Zusage habe, dass hierfür Vorabinformationen erfolgen würden, damit die Fraktionen schon vorher wüssten, über welche Themen dort gesprochen werde.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass sie heute noch mit dem begleitenden Gutachter telefoniert habe. Der Antrag der CDU-Fraktion werde als eins von insgesamt 3 wesentlichen Themen im Workshop am 5. November 2012 beraten. Wenn danach noch die Notwendigkeit bestehe, werde der Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt den Antrag der CDU-Fraktion vom 19.08.2012 zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, zunächst den 2. Workshop zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept (IEHK) am 05.11.2012 durchzuführen

ren und den Antrag anschließend in der Ratssitzung am 11. Dezember 2012 inhaltlich zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Fortführung der Teilnahme am European Energy Award
Vorlage: 223/12**

1:47:35

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses stimmt der Rat der Stadt Rheine dem Energiepolitischen Arbeitsprogramm EPA sowie den darin vorgestellten Maßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Organisation Masterplan 100 % Klimaschutz
- Projektstruktur und Produktverantwortlichkeit
Vorlage: 305/12**

1:48:25

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses fasst der Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss:

1. Der Rat stimmt der Bildung eines Klimaschutzrates zu. Der Klimaschutzrat berät und entscheidet über den technischen Fahrplan des „Masterplans 100 % Klimaschutz“.
2. Der Rat stimmt dem vorgesehenen Zeit- und Kostenplan des "Masterplans 100 % Klimaschutz" zu.
3. Der Rat stimmt der Durchführung einer gemeinsam geplanten Auftaktveranstaltung Masterplan zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Bau eines Kunstra-
sens im Rahmen von Umschichtungen
Vorlage: 326/12**

1:49:40

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Sportausschusses sowie des Haupt- und Finanzausschusses

1. im Jahr 2012 überplanmäßige Mittel in Höhe von 80.000 € durch Umschichtung aus dem Ansatz für Investitionskostenzuschüsse an Sportvereine (= Ergebnisplan im Produkt 1501/Sportförderung) bereitzustellen;
2. im Jahr 2012 überplanmäßige Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 312.000 € aus dem Budget des Fachbereiches 5/Planen und Bauen umzuschichten in das Budget des Sportservice;
3. im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2013 den Ansatz für Investitionskostenzuschüsse an Sportvereine um 100.000 € zu reduzieren;
4. die Finanzierungskosten in Höhe von 15.900 € für überplanmäßige Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 212.000 € ab dem Jahr 2013 durch Veranschlagung von erhöhten Nutzungsentgelten für den Fußballkunstrasenplatz im Haushalts- und Finanzplan in voller Höhe zu refinanzieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 Vorlage: 364/12

1:51:30

Herr Wullkotte informiert darüber, dass im Ergebnishaushalt der Jahresabschluss 2011 gekennzeichnet sei durch einen Fehlbetrag, der mit 10,1 Mio. € gegenüber dem vom Rat der Stadt mit dem Haushalt beschlossenen Fehlbedarf (12,0 Mio. €) leicht geringer ausfalle. Die Verbesserung betrage gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz (inkl. Ermächtigungsübertragungen aus 2010) 2,7 Mio. €.

Die Verbesserung von insgesamt 2,7 Mio. € resultiere mit 4,0 Mio. € aus höheren ordentlichen Erträgen, mit 2,9 Mio. € aus höheren ordentlichen Aufwendungen und mit 1,6 Mio. € aus einem höheren Überschuss beim Finanzergebnis.

Gründe hierfür seien auf der Ertragsseite ein höherer Anteil an der Einkommenssteuer, eine Verschiebung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II und des Weiteren höhere Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden.

Auf der Aufwandseite seien die Besoldungs- und Versorgungsanpassung und die daraus resultierende Anpassung der Pensions- und Beihilferückstellungen maßgeblich zu nennen.

Beim Finanzergebnis würden die Mehrerträge auf den erstmaligen, im Haushaltsplan noch nicht berücksichtigten Mindestausschüttungen der Stadtwerke Rheine GmbH und der Stadtparkasse Rheine beruhen.

Das Eigenkapital der Stadt Rheine verringere sich durch den Jahresabschluss 2011 auf 276,4 Mio. €.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2011 zur Kenntnis und leitet ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weiter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**17. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 5702 "Bodenwertgutachten" im Fachbereich 5
Vorlage: 295/12**

1:54:06

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses und nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss den kw-Vermerk für die Stelle 5702 „Bodenwertgutachten“ zum 01.06.2013 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Ausbau der Felsenstraße von Nienbergstraße bis Nadigstraße
III. Satzung über die Herstellungsmerkmale
Vorlage: 336/12**

1:54:30

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses den Entwurf der Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der „Felsenstraße von Nienbergstraße bis Nadigstraße“ im Geltungsbereich der Bebauungspläne Nr. 289 Kennwort „Wohnpark Dutum – Teil B“ und Nr. L 12 Kennwort „Teilbebauungsplan Felsenstraße“.

S a t z u n g
über die Herstellungsmerkmale für den Aus-
bau der „Felsenstraße von Nienbergstraße
bis Nadigstraße“ der Stadt Rheine
vom _____

Gem. §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV.NRW S.685), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 02. Oktober 2012 folgende Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der „Felsenstraße von Nienbergstraße bis Nadigstraße“ im Gel-

tungsbereich der Bebauungspläne Nr. 289 Kennwort „Wohnpark Dutum – Teil B“ und Nr. L 12 Kennwort „Teilbebauungsplan Felsenstraße“ erlassen:

Die o. g. Straße ist abweichend von § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Rheine über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 22. Dezember 1975 in der z. Z. geltenden Fassung endgültig hergestellt, wenn Grunderwerb und Freilegung abgeschlossen sind und sie folgende Teileinrichtungen und Herstellungsmerkmale aufweist:

Felsenstraße von Nienbergstraße bis Nadigstraße

Ausbau im Separationsprinzip mit:

1. Fahrbahn mit Unterbau und einer Decke aus Asphalt
2. Gemeinsame Geh- und Radwege aus rotem Betonsteinpflaster mit Unterbau
3. Grünstreifen mit Baumbepflanzung und Unterpflanzung
4. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
5. Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. **3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 173, Kennwort: "Gewerbegebiet Baarentelgen-Mitte", der Stadt Rheine**
II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 344/12

1:55:30

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt

geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV. NRW S. 271) wird die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 173, Kennwort: "Gewerbegebiet Baarentelgen-Mitte", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 173, Kennwort: "Gewerbegebiet Baarentelgen-Mitte", der Stadt Rheine aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20. 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 a, Kennwort: "Westliche Innenstadt", der Stadt Rheine**
- II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
 - III. Satzungsbeschluss nebst Begründung**
- Vorlage: 355/12**

1:56:35

Herr Holtel erinnert daran, dass er bereits in der gestrigen Fraktionsvorsitzen- denbesprechung angeregt habe, den vorliegenden Beschlussvorschlag in der heutigen Ratssitzung nicht zu fassen, weil durch mehr Transparenz in bestimmten Fragen das Verfahren sicherlich vereinfacht und auch gerichtliche Auseinandersetzungen vermieden werden könnten. Ein Straßen- und Wegenetz, das seit Jahren im öffentlichen Gebrauch sei, könne seit 1962 nicht im Rahmen einer Bebauungsplanänderung eingezogen werden, sondern nur durch einen Entwidmungsakt.

Ferner stelle sich für ihn die Frage, ob der Friedhof nur „außer Dienst“ gestellt oder tatsächlich entwidmet worden sei. Da die Bezirksregierung für die kirchlichen Friedhöfe zuständig sei, könne dieser Sachverhalt dort kurzfristig geklärt werden.

Insofern bittet er nochmals darum, in der heutigen Ratssitzung aus formellen Gründen keinen Beschluss in dieser Angelegenheit zu fassen.

Herr Kuhlmann gibt zu bedenken, dass der Anlass zu dieser Bebauungsplanänderung wie so häufig das Interesse eines Anliegers auf eine Nutzung seines Grundstückes von einer zweiten Grundstücksseite aus gewesen sei. In diesem Falle hätte der Anlieger eine Zufahrt für sein Carport sicherstellen wollen, dass er auf der vorderen Grundstücksseite aus Platzgründen nicht hätte errichten können. Ferner solle durch die Bebauungsplanänderung eine Option zur nördlichen Erschließung der angrenzenden Nachbargrundstücke geschaffen werden. Des Weiteren solle rechtlich klargestellt werden, dass eine bisher als öffentlicher Fuß- und Radweg genutzte private Grundstücksfläche, die im Eigentum der Kath. Kirchengemeinde stehe, als private Baufläche ausgewiesen werde, ohne dass hierfür eine Bebauungsmöglichkeit vorgesehen werde. Vielmehr solle diese Fläche mit Geh- und Fahrrechten zugunsten der Anlieger ausgewiesen werden. Auch solle durch die Bebauungsplanänderung eine Umwidmung einer öffentlichen

Grünfläche/eines Spielplatzes in eine private Grünfläche erfolgen, weil der Spielplatz nicht mehr benötigt werde.

Bei der Bewertung der Fläche zwischen dem alten Weg und dem neuen Weg – der eigentlich auch ein alter Weg sei – müsse beachtet werden, dass der gesamte Friedhof im Flächennutzungsplan als öffentliche Grünfläche/Friedhof dargestellt sei. Es handele sich hierbei nicht um eine parzellenscharfe Darstellung, weil teilweise auch Kleingartenflächen mit eingebunden seien.

Bei der Frage, ob es sich bei dieser Fläche noch um einen Friedhof handele oder nicht, komme es nur auf die planungsrechtliche Darstellung an. Es müsse somit heute nicht geklärt werden, ob es sich bei der Fläche nach dem Bestattungsrecht um einen Friedhof handele, auf der die Kirchengemeinde heute noch Bestattungen vornehmen dürfe. Über dieses ordnungsbehördliche Verfahren müsse noch mit der Kirchengemeinde gesprochen werden.

Bereits 1996 sei mit der 4. Änderung des Bebauungsplanes 10 a das Flurstück 781 (Fläche zwischen den Wegen) als öffentliche Grünfläche/Parkanlage festgesetzt worden. Damals habe es schon eine behördliche Beteiligung gegeben mit der klaren Aussage, dass es sich hierbei nicht um den Teil eines Friedhofes handele.

Die aktuelle 14. Bebauungsplanänderung übernehme somit den vorherigen Rechtsstand als öffentliche Grünfläche/Parkanlage.

Der verbleibende Weg sei zwar in seiner Gestaltung den Wegen auf dem Friedhof ähnlich, er verlaufe aber am Rande des Friedhofes. Auf dem Flurstück zwischen den Wegen würden sich keine Grabstätten befinden. Der neue Weg könne ohne Probleme den gesamten öffentlichen Geh- und Radverkehr aufnehmen, was bei guter Witterung schon heute der Fall sei. Dieser neue Weg bleibe als öffentliche Fläche erhalten und sei als Rad- und Fußweg festgesetzt.

Bezug nehmend auf die in der Presse dargestellte „Gefälligkeitsplanung“ merkt Herr Kuhlmann an, dass eine Bebauungsplanänderung keine Gefälligkeitsplanung sei; sie sei nur durch einen privaten Bauwunsch angeregt worden. Dieses sei auch das tägliche Geschäft in der Planungsverwaltung und im Stadtentwicklungsausschuss. Die Bebauungsplanänderung sei gemäß § 1 Abs. 1 BauGB erforderlich, um die Städtebauordnung zu gewährleisten, das heißt, den Anlass der Planung nachzuvollziehen, eine rechtliche Klarstellung der Eigentumsverhältnisse zu schaffen, eine Aufgabe der Spielplatzfläche abzusichern und die Erschließung der Grundstücke zu sichern.

Zu der Behauptung, es gebe offenbar seit 1962 ein Gerichtsurteil, dass bestimmte gewidmete Wege nicht durch eine Bebauungsplanänderung, sondern nur durch einen Entwidmungsakt eingezogen werden könnten, merkt Herr Kuhlmann an, dass er nach langem Suchen ein solches Urteil nicht gefunden habe. Er könne sich vorstellen, dass hiermit die „unverdenkliche Verjährung“ gemeint sei. Diese komme dann in Betracht, wenn ein Weg 40 Jahre lang genutzt und 40 Jahre vor der ersten Nutzung auch schon genutzt worden sei, ohne dass jemand den Rechtsstatus dieses Zustandes kenne. In solchen Fällen spreche man dann davon, dass ein solcher Weg seit Menschengedenken von der Öffentlichkeit genutzt werde. Der Aufwand, eine solche Nutzung aufzuheben, sei erheblich höher als in einem üblichen Einziehungsverfahren. Er, Kuhlmann, habe aber außer in dem besagten Leserbrief, dass es sich bei diesem Weg wahrscheinlich um eine uralte Verbindung aus der Stadt hinaus handele, hierfür keine Anhaltspunkte gefunden.

Eine solche Behauptung reiche aber nicht aus, um hier von einer unverdenklichen Verjährung auszugehen.

Die Verwaltung habe somit durch die Bebauungsplanänderung ein rechtlich einwandfreies Verfahren gewählt, sodass er um Zustimmung zur Vorlage bitte.

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV. NRW S. 685) wird die 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10a, Kennwort: " Westliche Innenstadt", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass die 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10a, Kennwort: "Westliche Innenstadt", der Stadt Rheine aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen

21. Anfragen und Anregungen

21.1. Datenschutz im E-Mailverkehr der Stadtverwaltung

2:06:10

Herr Niehues trägt die als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügte Anfrage zum Datenschutz im E-Mailverkehr der Stadtverwaltung vor. Während seines Vortrages wird Herr Niehues auf Hinweis von Herrn Kuhlmann durch Frau Dr. Kordfel-

der auf die Bestimmungen des Datenschutzes hingewiesen, die auch für Anfragen von Ratsmitgliedern gelten würden.

Nachdem Herr Niehues seine Ausführungen beendet hat, drückt Frau Dr. Kordfelder ihr Bedauern darüber aus, dass eine solche Anfrage über verwaltungsinterne und datenschutzrechtliche Angelegenheiten in öffentlicher Ratssitzung gestellt worden sei, zumal die Verwaltung bereits auf eine vorherige E-Mailanfrage von Herrn Niehues hierauf geantwortet habe. Es wäre aus ihrer Sicht wünschenswert gewesen, wenn Herr Niehues wegen weitergehender Fragen noch einmal den unmittelbaren Kontakt mit der Verwaltung gesucht hätte. Unabhängig davon könne Herr Niehues zur Kenntnis nehmen, dass der Personalrat ebenso wie der Landrat in dieser Angelegenheit eingeschaltet gewesen seien. Die Verwaltung werde die heute gestellte Anfrage schriftlich beantworten.

Frau Fehrmann weist ergänzend darauf hin, dass auch sie der Bürgermeisterin eine E-Mail geschrieben habe, die dann zur vertraulichen Kenntnisnahme an Herrn Roscher weitergeleitet worden sei. Dieser habe diese E-Mail dann an alle Fraktionsmitglieder versandt. Insofern unterstütze sie die Forderung nach einem verantwortungsvolleren Umgang mit persönlichen und vertraulichen E-Mails.

21.2. Umstellung der Pensionsverpflichtungen auf ein Versicherungsmodell

2:16:15

Herr Jansen weist darauf hin, dass bezüglich der Umstellung der Pensionsverpflichtungen auf ein Versicherungsmodell der 21. Dezember 2012 Stichtag für die neuen Unisex-Tarife sei. Er möchte wissen, ob die Umstellung bis zu diesem Termin möglich werde.

Herr Wullkotte antwortet, dass die Stadt Rheine sich diesbezüglich in einem Klageverfahren befinde. Parallel dazu sei eine Sachdarstellung an das Innenministerium über den Kreis und die Bezirksregierung abgegeben worden. Solange das Land hierzu noch nicht Stellung bezogen habe, könne die Verwaltung nicht tätig werden. Das Land sei in der vergangenen Woche an die Abgabe der Stellungnahme erinnert worden.

21.3. Einstellungsverfahren bei der Stadt Rheine

2:17:10

Herr Roscher erinnert daran, dass sich 2 Bewerber für die Beigeordnetenstelle als Kämmerer bei der Stadt Rheine im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt hätten. Es sei unglücklich, wenn dann am Wochenende vor der Wahl im Rat in der Presse sowohl die Namen der Bewerber als auch das voraussichtliche Wahlverhalten der Fraktionen in der Presse zu lesen seien. Er möchte alle Fraktionen bitten, künftig auf solche Pressemitteilungen zu verzichten, damit im Rat dann auch tatsächlich die Wahl zwischen mehreren Personen möglich sei. Er gehe davon aus, dass der zweite Bewerber für die Beigeordneten- und Kämmererstelle bei der Stadt Rheine, Herr Olivier, seine Bewerbung zurückgezogen habe, nachdem er Kenntnis von dem entsprechenden Pressebericht erhalten habe.

Frau Dr. Kordfelder merkt hierzu an, dass die Stellungnahme von Herrn Olivier allen Fraktionsvorsitzenden zugegangen sei, sodass jeder selbst eine Einschätzung vornehmen könnte, was der Grund für die zurückgezogene Bewerbung sei.

21.4. Baustelle Hauenhorster Straße

2:18:15

Herr Holtel merkt an, dass die Hauptarbeiten an der Hauenhorster Straße inzwischen aufgenommen worden seien. Dabei habe er festgestellt, dass tageweise auf dieser Baustelle keine Bauarbeiter im Einsatz seien. Durch die Fräskanten und die Schaltung der Baustellenampel bestehe an dieser Baustelle eine gefährliche Situation, denn die Grünphasen der Signalanlage seien so kurz, dass der Gegenverkehr schon Grün habe, wenn der fließende Verkehr sich noch in der Baustelle befinde.

Herr Holtel bittet darum, die Grünphasen der Signalanlage entsprechend zu verlängern und die Fräskanten etwas anzugleichen.

Herr Kuhlmann entgegnet, dass eine Baustelle nicht so abgesichert werden könne, wie es nach der Straßenverkehrsordnung erforderlich sei. Er gehe aber davon aus, dass die Grünphasen bei der Signalanlage korrekt eingestellt seien, Verkehrsteilnehmer sich aber hieran nicht halten würden, was nicht die Stadt bzw. die Baufirma zu verantworten habe. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die durchgeführte Besichtigungsfahrt des Bauausschusses, bei der festzustellen gewesen sei, dass gerade die Anlieger die Ampelschaltung ignoriert hätten.

Frau Leskow unterstützt die Richtigkeit der Aussage von Herrn Holtel, denn sie fahre viermal täglich durch diese Baustelle und habe ebenfalls festgestellt, dass bedingt durch das langsame Fahren aufgrund der Fräskanten die Grünphase für die Signalanlage nicht ausreichend sei. Insofern bittet auch sie Herrn Kuhlmann, sich für eine Verlängerung der Grünphase einzusetzen.

21.5. Sicherstellung von Informationsmaterial an Frau Fehrmann

2:20:55

Frau Fehrmann bittet Frau Dr. Kordfelder sicherzustellen, dass auch sie als Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates die E-Mail von Herrn Olivier über die Rücknahme seiner Bewerbung erhalte, denn als fraktionsloses Ratsmitglied sei sie auf die direkten Informationen der Verwaltung angewiesen.

Frau Dr. Kordfelder sagt dieses zu und entschuldigt sich für die versehentlich unterlassene Informationszustellung.

Ende des öffentlichen Teils: 19:25 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer